UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

NEWSLETTER 2 / 2022

Foto: UOKG

Das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus kommt!

Nach langer Zeit des Leerlaufs, des Drängens und der konzeptionellen Arbeit ist das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus nun auf einem guten Weg. Alle Vorarbeiten sind längst erledigt, nur der Standort in der politischen Mitte Berlins fehlte.
Nun hat es in den letzten Wochen Gespräche mit Vertretern von Bund, dem Land Berlin, dem Bezirk Mitte, der Bundesstiftung Aufarbeitung und der UOKG gegeben. Alle Beteiligten sprechen jetzt miteinander und sind bereit einen guten Standort zu finden.

Es wird, und wir werden berichten!

Ihr Dieter Dombrowski

Neuigkeiten über die zukünftige Gedenkstätte Hoheneck

Der Bau der Gedenkstätte Hoheneck und die Planung der Dauerausstellung gehen mittlerweile in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Frauen gut voran. Im September 2022 fanden zwei Treffen statt, über die wir an dieser Stelle berichten möchten.

Am 1. September trafen sich unter Anwesenheit des Landrats Rico Anton zuständige Vertreter des Landes Sachsen, der Stadt Stollberg, des Denkmalschutzamtes, des Bauplanungsbüros und des Interimsbüros, um über den Brandschutz der zukünftigen Gedenkstätte Hoheneck zu beraten. Ebenfalls anwesend waren ein Brandschutzexperte und die Opferverbände. Im Zentrum der Gespräche stand vor allem das bereits stark veränderte Treppenhaus des Südflügels. Frau Helber vom „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e. V.“ (Frauenforum) verdeutlichte Landrat Rico Anton und den zuständigen Vertretern des Denkmalschutzamtes sehr eindrucksvoll, dass das Treppenhaus ein Ort der Grausamkeit war. Die Insassinnen mussten dort bis zur Erschöpfung auf- und abgehen oder stundenlang stehen.

Weiter auf Seite 2

Foto: Georg Ulrich Dostmann

Oberbürgermeister Marcel Schmidt (v. l.) im Gespräch mit Konstanze Helber, Landrat Rico Anton und Dieter Dombrowski

Umso verständlicher war das Entsetzen über die bereits getätigten Baumaßnahmen wie den abgeschlagenen Wandputz, den demontierten Handlauf und die Überziehung der originalen Stufen im gesamten Treppenhaus mit einem Betonüberzug.

Foto: UOKG

Der Brandschutz eines von Besuchern frequentierten Gebäudes ist abhängig von den Personenströmen im möglichen Notfall. Die bisherige Bauplanung sah vor, dass das eben beschriebene Treppenhaus 1 und zusätzlich das offene Zellentreppenhaus 2 des Südflügels – der für die Führungen vorgesehen ist – als Fluchtwege genutzt werden. Dies wirkte sich zwangsläufig auf die Baumaßnahmen aus und hatte die bereits beschriebenen Umbauarbeiten im Treppenhaus 1 zur Folge. Das Zellentreppenhaus 2 musste auf Grund dieser Planung brandlastfrei sein. Das bedeutete allerdings, dass eine Ausstattung der begehbaren Südflügelzellen bspw. mit Matratzen und anderem Mobiliar nicht erlaubt wäre. Das Treffen verlief konstruktiv und dank des Verständnisses von Landrat Rico Anton, den Vertretern der Denkmalschutzbehörde und der Bauplanung konnten gemeinsam Lösungen gefunden werden. Die Baupläne werden bzgl. der Personenströme geändert, sodass das Zellentreppenhaus 2 nicht mehr als Fluchtweg eingeplant wird und die Zellen im Südflügel mit Matratzen u.a. ausgestattet werden können. Die Bauarbeiten im Treppenhaus 1 können leider nicht rückgängig gemacht werden ohne die Bausubstanz der Stufen zu gefährden. Insofern konnte hier nur ein Kompromiss gefunden werden, der vorsieht, zumindest den Wandputz, den Handlauf und das Geländer im alten Aussehen wiederherzustellen. Die von den Umbauten noch nicht berührten untersten und obersten Stufenbereiche werden im Originalzustand belassen.

Das Interimsbüro mit Prof. Stephan Appelius und Elke Kühns lud zum 26. September zu einer weiteren Informationsveranstaltung zur geplanten Dauerausstellung in der Gedenkstätte im Großen Sitzungssaal des Rathauses Stollberg ein.

Anwesend waren von den Opferverbänden das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e. V.“ mit Konstanze Helber als Bundesvorsitzende, der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e. V.“ mit der Vorsitzenden Regina Labahn, die UOKG e. V. mit Sandra Czech und zahlreiche ehemalige Inhaftierte. Die Stadt Stollberg wurde von der Amtsleiterin der Stadtverwaltung Frau Kägebein sowie von Gunter Weissbach vom Stadtrat vertreten. Ebenfalls anwesend war die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris sowie Herr Härtig vom Land Sachsen und Frau Ulrike Abraham von der sächsischen Zeitung Freie Presse. Prof. Appelius stellte den Anwesenden das inhaltliche Konzept der Dauerstellung vor.

„Man hat mir etwas genommen, was man mir nicht zurückgeben kann: Ich traue den Menschen alles Unmenschliche zu.“

Die Ausstellung erinnert an die Schicksale der inhaftierten Frauen sowie an die deutsch-deutsche Teilung und ihre Folgen bis zur Wiedervereinigung. In Sonderausstellungen können später einzelne Aspekte ausführlicher dargestellt werden. Die Exponate und Erklärungen konzentrieren sich auf die Jahre 1945 – 1990.

Inzwischen ist ein Großteil der Inhalte der Dauerausstellung fertig konzipiert.

Die Ausstellung ist in sieben Räume mit 28 Stationen unterteilt und beinhaltet Hörbeispiele von Zeitzeugeninterviews sowie von neu vertonten Niederschriften der Zeitzeugen. Im Eingangsbereich, der „Orientierungszone“, empfängt die Besucherinnen und Besucher ein großformatiges Foto des Gebäudes aus dem Jahr 1989 sowie die Inschrift: „Man hat mir etwas genommen, was man mir nicht zurückgeben kann: Ich traue den Menschen alles Unmenschliche zu“.

Die Stationen der Dauerausstellung legen den Fokus auf jeweils unterschiedliche Aspekte des Ortes und der Leiden der hier inhaftierten Menschen. So widmet sich eine Station der Wasserzelle, die hier in den Jahren 1973 bis 1976 zu finden war. Die Gestaltung ist dabei an den Stand der Zelle im Sommer 1975 angepasst: eine hochgeklappte Holzpritsche und ein Kübel für die Notdurft. Eine weitere Station beschreibt die Schicksale der Männer, die in den Jahren 1945 – 1949 in Hoheneck inhaftiert waren. Ein 18jähriger Lehrling verstarb auf Grund von Hunger, Kälte und schlechter Hygiene. Im Brief an seine Eltern beschreibt er die damaligen Haftbedingungen.

Die weiteren Stationen nehmen unter anderem die unmenschlichen Haftbedingungen, die verschiedenen Haftgründe sowie die Nutzungsphasen des Gebäudekomplexes unter die Lupe. Zum Ende der Ausstellung werden die Jahre 1989 und 1990 beleuchtet. Hierbei können sich die Besucherinnen und Besucher insbesondere mit den Schicksalen der in dieser Zeit inhaftierten Frauen auseinandersetzen.

Für die Gestaltung der Orte und Räume wird im Januar 2023 mit der Arbeit begonnen, die Dauerausstellung der Gedenkstätte soll dann Ende des Jahres eröffnet werden. Der Eintritt wird für ehemalige Hoheneck-Inhaftierte frei sein.

Foto: Kora27, CC-BY-SA-4.0

Wanderausstellung zur Zwangsarbeit in der ehemaligen Brikettfabrik Knappenrode

Am 3. Oktober 2022 wurde im heutigen Sächsischen Industriemuseum Energiefabrik Knappenrode die Wanderausstellung „Hammer-Zirkel-Stacheldraht“ eröffnet. Die Ausstellung beleuchtet die Zwangsarbeit von Häftlingen in der DDR, insbesondere im heutigen Sachsen-Anhalt.

Die Museumsleiterin Maria Schöne (m.) mit Sandra Czech (l.) und Dr. Christian Sachse (r.)

In der vom Strukturwandel stark geprägten Region gehört die ehemalige Brikettfabrik Knappenrode (Bkf) zu den Sächsischen Industriemuseen. Die Umwandlung in ein Museum wurde bereits kurz nach der Stilllegung 1993 beschlossen. Im Oktober 2020 wurde die neue und den musealen Anforderungen unserer Zeit angepasste Dauerausstellung eröffnet. Das riesige Gelände ist aber nicht nur ein Museum, welches den Besucherinnen und Besuchern einen Einblick in die Geschichte der Fabrik von 1913 bis 1993 und der Lausitzer-Braunkohle-Region ermöglicht, sondern auch eine Begegnungsstätte. So werden die großflächigen Räume und Hallen ebenso für Kunst-, Kultur- und Musikevents und städtische, familiäre oder betriebliche Feste genutzt. Die zwölf engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchten nun auch die Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der ehemaligen Brikettfabrik Knappenrode mehr In den Blick der Aufarbeitung nehmen und Untersuchungen zu diesem Thema anstellen.

Museumleiterin Maria Schöne nahm den diesjährigen Tag der deutschen Einheit zum Anlass, die Wanderausstellung „Hammer-Zirkel-Stacheldraht“ zu eröffnen und als Einstieg in die Thematik zu nutzen. An dieser Stelle soll an den Zeitzeugen-Aufruf im stacheldraht 7/2022, S. 15 erinnert werden. Der Autor der Ausstellung Dr. Christian Sachse war ebenfalls vor Ort und wandte sich in einem Grußwort an die Anwesenden.

Laut der Museumsleiterin konnte ein Dokument gefunden werden, aus dem hervorgeht, dass auf dem Gelände der Brikettfabrik eine Baracke explizit für den Einsatz von Strafgefangenen errichtet werden sollte. Laut den Ausführungen zweier Besucher der Eröffnungsveranstaltung gab es diese Baracke, in der Strafgefangene, getrennt von den restlichen zivilen Werktätigen, wohl Ketten und Schaufeln ausbessern mussten. Aber diese Informationen sind noch sehr vage und müssen weiter untersucht werden. Die Eröffnung der Wanderausstellung war ein gelungener Auftakt und wir freuen uns auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Energiefabrik Knappenrode.

Sandra Czech

33. Bautzen-Forum: Umbruchjahre im Osten. Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland

Am 8. und 9. September 2022 fand in Kooperation mit dem sächsischen Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung das 33. Bautzen-Forum statt. Das Bautzen-Forum beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren jährlich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Transformation nach 1990. Das Forum stellt neueste Ergebnisse der DDR-Forschung zur Diskussion und würdigt die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Thematisch stand bei der 33. Auflage die Transformationsgesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Fokus. Das Programm startete mit einem Vortrag und einer anschließenden Diskussion zur DDR und den Jahren danach mit Dr. J. Schöne, dem stellvertretenden Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In einem Podiumsgespräch diskutierte die SED-Opferbeauftragte E. Zupke mit der für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständigen Vizepräsidentin des Bundesarchivs A. Titze und dem Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dr. M. Pieper über die Entwicklung der Aufarbeitung des SED-Unrechts seit den 1990er-Jahren. Trotz der Erfolge in der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Unterstützung der Opfer in den zurückliegenden Jahren sieht die SED-Opferbeauftragte weiterhin Handlungsbedarf. Zum Abschluss des Tages fand ein weiteres Podiumsgespräch mit Umbruchserzählungen in Literatur, Film und Fernsehen statt. Der zweite Tag stand dann im Zeichen der Gegenwart. Bautzener Schülerinnen und Schüler kamen ins Gespräch mit der Leiterin der Gedenkstätte Frau S. Klewin zum Systemwechsel und der Frage, was junge Menschen heute davon halten und wie sie sich in den sozialen Medien über die Angebote der Gedenkstätten informieren.

Antje Zumdick

Gedenkstätte Bautzen

Gedenken an die Opfer des Speziallagers Nr. 1 in Mühlberg am 2. September 2022

Vier Überlebende des Speziallagers Nr. 1 in Mühlberg

Die Initiativgruppe Lager Mühlberg erinnert einmal jährlich am ersten Sonnabend im September bei einem Mahn- und Gedenktreffen an die Eröffnung des Speziallagers 1945 durch die sowjetische Geheimpolizei NKWD. Für die UOKG nahm Inge Bennewitz teil. In ihrem Grußwort und dem Gedenken an die Toten und Überlebenden des Speziallagers unterstrich sie die Sorge, dass sich nicht nur der Krieg wiederholt, sondern auch die damaligen sowjetischen Lager.

Gedenken an die Opfer des Lagers Fünfeichen

Die Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 17. September 2022 erinnerte an die Verbrechen der Nazis und der sowjetischen Geheimpolizei. An der Veranstaltung nahmen etwa hundert Besucher teil, darunter auch vier ehemalige Insassen. Das Lager Fünfeichen diente seit 1939 den Nationalsozialisten als Kriegsgefangenenlager, ab 1945 dem sowjetischen Geheimdienst. Bis zum Jahr 1948 starben etwa 15.000 Menschen. In ihrer Begrüßungsrede mahnte die Leiterin der Gedenkstätte Frau Rita Lüdke, sich an die Gewalt zu erinnern und sie nicht zu vergessen. Da Gewalt immer noch existiere, bleibe die Aufarbeitung der Vergangenheit eine bedeutungsvolle Aufgabe. Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski erinnerte in seiner Rede daran, wie in der DDR niemand über die Verbrechen der sowjetischen Geheimpolizei sprechen durfte. Heute können wir und müssen wir darüber reden.

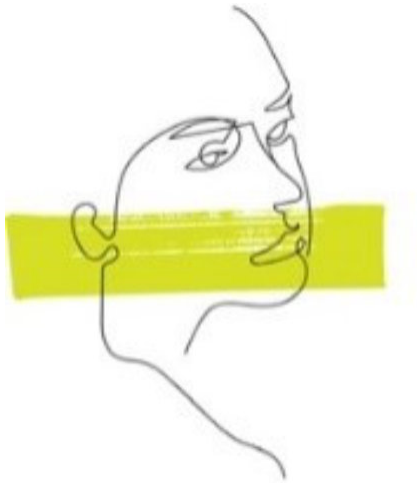
Dieter Dombrowski spricht auf der Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Gespräch mit der Kulturstaatsministerin Claudia Roth im Kanzleramt

Auf Einladung der Kulturstaatsministerin fand am 8. September 2022 das Kennlerntreffen mit dem Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski, der stellvertretenden Vorsitzenden Carla Ottmann und Heide Schinowsky vom Menschenrechtszentrum Cottbus statt. Die Staatsministerin zeigte sich sehr interessiert an den Themen der UOKG, angesprochen wurden die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft in der politischen Mitte Berlins, die Zwangsarbeit in Gefängnissen der DDR und die Zwangsaussiedlung von der innerdeutschen Grenze. Ein wichtiges Anliegen ist Frau Roth der Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck, noch im Herbst wird sie vor Ort sein. Alle in der kurzen Zeit nicht angesprochenen Themen liegen der Staatsministerin in Schriftform vor.

Erstes Verbändetreffen des „Forum für politisch inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e. V. in Potsdam

Zu einem ersten Verbändetreffen und anschießender Mitgliederversammlung mit der Neuwahl des Vorstandes trafen sich am 29.08.2022 Mitglieder, Unterstützer und Gäste zur Tagesveranstaltung „Unser Leid ist nicht vergessen“ in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam. Die finanzielle Förderung der



Veranstaltung durch die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke wurde sehr geschätzt. Unter den Teilnehmerinnen waren ehemalige Häftlinge, die im „Lindenhotel“ in den 1970er und 1980er Jahren den Gebäudekomplex kennen gelernt haben. Sie konnten aus eigener Erfahrung und auf der Grundlage ihrer Erinnerungen berichten. Geschichte hautnah! In der Verbändezeitung „der Stacheldraht“ 08/2022 wurde bereits berichtet, ein weiterer Artikel erscheint in der nächsten Ausgabe. Im Anschluss an die Veranstaltung fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Zur Vorsitzenden wurde Konstanze Helber und zur stellv. Vorsitzenden Carla Ottmann wiedergewählt. Als Beisitzerinnen wurden Brigitte Selke und Birgit Schlicke gewählt, Cornelia Kurtz ist als Kassenwartin ebenfalls wiedergewählt worden.

Konstanze Helber- Vorsitzende

Veranstaltungsreihe SED-Opfergruppen im Bundestag

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke wird auf Initiative der UOKG e. V. eine Veranstaltungsreihe zu den verschiedenen SED-Opfergruppen explizit für die Abgeordneten des Bundestages durchführen. Den Auftakt wird die Thematik „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ am 24. November 2022 bilden. In Form eines moderierten zweistündigen Fachgespräches sollen grundlegende Informationen und Erkenntnisse vermittelt werden. Nach einer vorangestellten Einführung in die jeweilige Opfergruppe werden zwei Zeitzeugen (w/m) ihre Erlebnisse schildern. Ergänzend werden Fachleute aus Wissenschaft und Praxis eingeladen. Ziel der Veranstaltung ist es, Mitglieder des Bundestages (MdB) sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter komprimiert über die zahlreichen Opfergruppen von SED-Unrecht auf den neuesten Stand zu bringen und der Politik jeweils konkrete Handlungsbedarfe aufzuzeigen. Auf dieser Basis werden wir dann unsere Lobby-Arbeit weiterentwickeln.

Heide Schinowsky zu neuer Gedenkstättenleiterin gewählt

Foto: ideengrün

Auf einer Mitgliedsversammlung des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ) wurde Heide Schinowsky mit großer Mehrheit als neue geschäftsführende Vorsitzende und Gedenkstättenleiterin gewählt. Die gebürtige Brandenburgerin lebt heute in Jänschwalde und war von 2014 bis 2019 für Bündnis 90/Die Grünen Landtagsabgeordnete und für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht verantwortlich. Heide Schinowsky folgt der langjährigen Leiterin Sylvia Wähling, die seit 2010 mit der Leitung der renommierten Gedenkstätte im ehemaligen Cottbuser Zuchthaus betraut war.

Projekt „Vergessene Kinder“

Viele Betroffene von SED-Unrecht sind mittlerweile als Opfergruppe im öffentlichen Diskurs anerkannt und erhalten im besten Fall finanzielle Zuwendungen.
Allerdings dachte – außer ein paar wenigen betroffenen Müttern und Vätern – lange niemand an die „Vergessenen Kinder“ von politisch-inhaftierten Eltern, die während der Haftzeit und auch darüber hinaus bei Verwandten oder Bekannten untergebracht worden sind. Wenn sie Glück hatten war ihr neues „Zuhause“ liebevoll und fürsorglich. Wenn sie Pech hatten, wurden sie von den neuen „Erziehungsberechtigten“ als belastend empfunden, da auch die Taten der Verwandten und Bekannten sich zwangsläufig auf das Leben der „Aufnehmenden“ auswirkten. Mittlerweile sind diese Kinder erwachsen, aber der erlebte Verlust wirkt bis heute nach. Auf dem ersten bundesweiten Frauenkongress, der August 2021 in Stollberg/Hoheneck stattfand, wurde die Resolution des „Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur e. V.“ verabschiedet. Neben anderen wichtigen Forderungen sind diese vergessenen Kinder als erster Punkt aufgeführt. Das Ziel des Projektes „Vergessene Kinder“ ist es, diese Lebensgeschichten dem Vergessen zu entreißen, sie ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und die Thematik den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft nahe zu bringen.

Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Uwe Gotze, 1972

Wie viele Kinder waren betroffen? Wie viele von ihnen leiden noch heute unter den Folgen und wenn ja, in welcher Form? Wie können wir als Sprachrohr für diese Kinder agieren, wenn wir so gut wie nichts darüber wissen? Um auf diese Fragen aussagekräftige Antworten zu bekommen, haben wir einen Fragebogen entwickelt, der Licht ins Dunkel bringen soll.
Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie als Betroffene oder Betroffener den Fragebogen ausfüllen oder ihn an betroffene Eltern, Verwandte und Bekannte weitereichen würden. Zuschriften und Rückfragen richten Sie bitte direkt an Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin Sandra Czech.

Der Fragebogen liegt in den Büros der UOKG zum Abholen bereit und wird in Kürze auf der Webseite des Verbands zum Download bereitstehen.

Workshop in der Gedenkstätte Bautzner Straße

In der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden fand am 12. Oktober 2022 ein Workshop zu Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) und Sicherheitsorganen in der SBZ und Österreich statt. Kooperationspartner waren neben der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die für die Rehabilitierungsanträge bei der russischen Militärstaatsanwaltschaft so wichtige Dokumentationsstelle Dresden. Neben Fachvorträgen zu einzelnen sowjetischen Militärtribunalen wurde die Praxis der Rehabilitierung durch die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation vorgestellt. Die Dokumentationsstelle Dresden verfügt über die bundesweit größte Sammlung personenbezogener Informationen zu deutschen Zivilisten und Soldaten, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden sind. Insgesamt wurden etwa 35.000 bis 40.000 deutsche Zivilisten und bis zu ca. 34.000 deutsche Kriegsgefangene von SMT verurteilt.

Antje Zumdick

„Erinnerungskultur digital“ - Tagung in Dresden

Die Sächsische Landes-, Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) hieß vom 6. Bis zum 8. Oktober 2022 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Erinnerungskultur digital“ willkommen. In Kooperation mit der Sächsischen Bibliotheksgesellschaft, der Brücke/Most-Stiftung, der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und weiteren Partnern sollte die Tagung digitale Erinnerungskultur in Zeiten von Desinformation und Propaganda im Internet untersuchen und der Frage nachgehen, wie Digitalisierung unsere Erinnerungskultur stärken kann. In sechs Workshops konnten die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft unter anderem über digitale Werkzeuge und Methoden, die Digitalisierung historischer Zeugnisse, die Chancen digitalen Lernens für Gedenkstätten und Schulen sowie die Rolle von Social Media für die Vermittlung von Geschichte diskutieren. Während der Workshops konnten die Anwesenden das Smartphone nutzen, um an kleinen Umfragen teilzunehmen und um den Expertinnen und Experten auf dem Podium gezielt Themen vorzuschlagen. Besonders lebhaft gestaltete sich die Diskussion im Workshop „Social Media“, als Dr. Iris Groschek das Online-Angebot der KZ-Gedenkstätte Neuengamme vorstellte. Zur Überraschung des Publikums nutzt die Einrichtung einen TikTok-Kanal, um Jugendliche im In- und Ausland für Geschichtsaufarbeitung zu begeistern. Offenbar mit Erfolg: Seit die Gedenkstätte ihre kurzen Videos auf der chinesischen Plattform verbreitet, sind die Nutzerzahlen explosionsartig nach oben geschnellt. In einer abschließenden Umfrage gab ein großer Teil der Anwesenden an, über einen eigenen TikTok-Kanal für ihre Einrichtung nachzudenken.

Alesch Mühlbauer

In eigener Sache

Neu im Team

Tanja Germer

Die Diplompädagogin ist seit Juni Teil des Teams und Ansprechpartnerin für Soziale Beratung.

Tel: 030 57 79 87 39
E-mail: germer@uokg.de

Alesch Mühlbauer

Der Politikwissenschaftler vertärkt das Team seit September als Bildungsreferent.

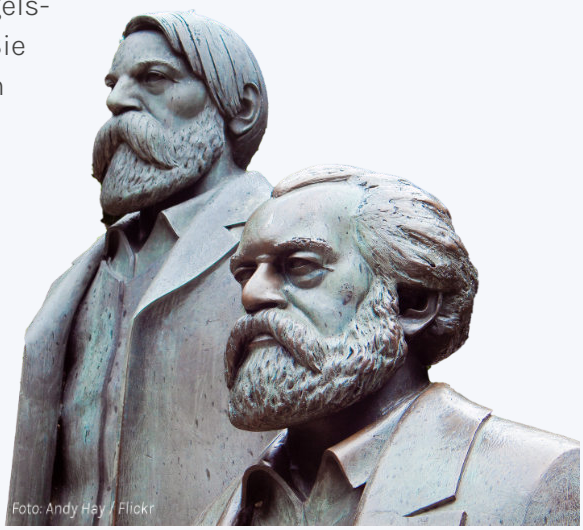
Tel: 030 43 20 67 42
E-mail: muehlbauer@uokg.de

Marx-Engels-Forum Berlin

In Berlins Mitte wurde im August 2022 unkommentiert und in aller stalinistischen Formenpracht das sogenannte Marx-Engels-Forum wieder aufgestellt. Ein vom Senat bereits positiv entschiedener Wettbewerb zur „Vermenschlichung“ wurde eingestampft. Die Pläne des Zentralkomitees der SED waren wohl schöner. Wenn jemand in aller Öffentlichkeit und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Juden als minderwertig diffamiert, dann bekommt er irgendwann Post vom Staatsanwalt. Heißt dieser Mensch allerdings Karl Marx oder Friedrich Engels, dann erhält er vom Berliner Senat ein Denkmal auf einem Areal von 40.000 Quadratmetern. Ruft jemand öffentlich zum gewaltsamen Umsturz auf, begibt er sich auf das Gebiet des Strafrechts. Es sei denn, er schreibt im Kommunistischen Manifest klar und deutlich: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Es reicht nicht, dass den beiden Umsturz-Predigern vom Berliner Senat eine Art Heiligtum zuerkannt wurde, das den nationalsozialistischen Thing-Plätzen verdächtig ähnlichsieht. Auf acht Stelen aus Edelstahl sind auch die Gewalttaten der Marx-Engels-Nachfolger verewigt: Sie reichen von militanten Straßenaufmärschen des Rotfrontkämpferbundes in Hamburg über die mit deutschem Geld bezahlte bolschewistische Revolution in Russland bis hin zu den kommunistisch gelenkten Befreiungsbewegungen in Asien und Lateinamerika.

Ist es nun gehässig oder folgerichtig, wenn man fragt, ob die ostentative Geringschätzung der demokratischen Verfahren, die den verpatzten Berliner Wahlen 2021 zugrunde liegt, in irgendeinem Zusammenhang mit der Hochschätzung der beiden Anti-Demokraten steht?

Ein Kommentar von Christian Sachse



Mitgliedsverbände der UOKG

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.
Oranienburg, Brandenburg

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
Berlin

Bund der Vertriebenen e. V.
Bonn, Nordrhein-Westfalen

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
Cottbus, Brandeburg

DDR-Museum in Pforzheim
Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V.
Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V.
Neustadt (Dosse), Brandenburg

Förderverein Gedenkstätte Bautzen e. V.
Bautzen, Sachsen

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V.
Berlin

Forum für Aufklärung und Erneuerung e. V.
Berlin

Freiheit e. V.
Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e. V.
Potsdam, Brandenburg

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.
Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.
Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF)
Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989
Berlin

Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
Berlin

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V.
Berlin

Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e. V. (IGFM)
Berlin

Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
Berlin

Menschenrechtszentrum Cottbus
Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
Berlin

Pro Universitätskirche e. V. Leipzig
Leipzig, Sachsen

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
Leinfelden-Echterdingen, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) Salzgitter
Salzgitter, Niedersachsen

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V., Potsdam
Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e.V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus
Berlin

VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Impressum

Vorstand

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende: Horst Schüler (†) , Gerhard Finn (†)

Beisitzer:
Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Regionalbeauftragte

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Niedersachsen:
info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Südwestdeutschland:
info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Foto: UOKG

Kontaktdaten

Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@upkg.de

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER

Facebook Youtube uokg.de

Impressum

Newsletter herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leserinnen und Leser.

Redaktion dieser Ausgabe: Antje Zumdick, Alesch Mühlbauer
Layout: Alesch Mühlbauer
Redaktionsschluss: 14. Oktober 2022.

Copyright 2022: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)